

Leserbrief P.Philippen-Lindt

Bezug: Artikel in der Aachener Zeitung vom 10.November 2017

Titel: „Eurogress? Verkauf? Ebay-Versteigerung?“ von Stephan Mohne und „Die Antoniusstraße im politischen Schnellverfahren“ von Norbert Esser

Beide Artikel haben einen ironischen Unterton, der in den Trend bei der Beschreibung politischer Beschlussfassungen zu Großprojekten in Aachen passt. Das Problem ist leicht zu beschreiben: Die Politik will etwas, die Verwaltung gibt der Politik eine vertrauenerweckende Begründungen an die Hand, die Politik fragt nicht unerbittlich nach den Grundlagen der Beschlussvorlagen (besonders der Kosten), die Politik beschließt etwas möglichst einstimmig und danach steht in Fels geschrieben: Beschluss ist Beschluss; basta. Nur, wenn alle einer Meinung sind, müssen sie nicht unbedingt Recht haben (Zitat aus AZ). Visionen werden in den Ausschüssen und im Rat dankend entgegen genommen, die aber anscheinend keine projektzersetzende Erbsenzählerei dulden. Bei Visionen werden Entscheidungen auch ohne vollständige Nachweise und mit viel Bauchgefühl zum „Wohle“ von Aachen getroffen; z.B. Variantenentscheidung zur Ortsumgehung Richterich ohne Kenntnis der Kosten der Varianten. Kosten(explosionen) –auch vorhersehbare-, so mussten wir in Richterich lernen, können keine einstimmig gefassten Beschlüsse aufheben; also: wie begonnen so zerronnen. Es werden politisch-normative Fremdgutachten als Entscheidungsgrundlagen in Auftrag gegeben, damit auf sachlich fundierte Machbarkeitsstudien für Großprojekte verzichtet werden kann. Chancen und Risiken bei Großprojekten werden nicht tiefgründig gegenübergestellt, wenn zur Verwirklichung allein schon der politische "Wille" besteht. Lediglich Sachstandsberichte enthalten manchmal mikroskopisch kleine Hinweise auf mögliche Risiken, die aber schnell weggewogen werden. Bürgerbeteiligung ist zumeist nur eine Bürgeranhörung und Fragestunden sind in vielen Ausschüssen abgeschafft und durch den zahnlosen Tiger eines Bürgerforums entsorgt worden. Die Stadt Aachen muss sich nicht über die vielen kritischen Bürgerinitiativen wundern, da eine echte Beteiligung der Bürgerschaft praktisch nur außerhalb der politisch vorgesehenen Bürgerbeteiligung machbar ist. Nichtöffentliche Diskussionen und Entscheidungen, wie zum Thema Antoniusstraße, sollten eigentlich OUT sein. Aber: Besonders pekuniäre Fehlentscheidungen sind menschlich, die Kosten dafür übernehmen ja die BürgerInnen automatisch. Wenn die Stadt schon die 10 Mio. Mehrkosten beim Neuen Kurhaus nicht stemmen kann, wie will sie dann die 45 Mio. Defizit für die Erschließungsstraße und das Baugebiet Richtericher Dell stemmen? Der OB sollte auch hier die Reißleine ziehen!